

MAIzeitung 2023

DGB

**UNGEbrochen
SOLIDARISCH**

**1. MAI
2023**

*Gewerkschaftliche Infos aus
Lüneburger Heide & Wendland*

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND - NORDOSTNIEDERSACHSEN.DGB.DE

WIE DER ÖFFENTLICHE DIENST ZUKUNFTSFEST WIRD



Daseinsvorsorge in der Krise

Unterrichtsausfall, verschobene OPs, zu wenig Kinderbetreuungsplätze, lange Wartezeiten in Behörden ...

Erst wenn grundlegende Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge schwächeln, wird uns bewusst, wie wichtig sie für uns sind - und vor allem die Menschen, die sie ausüben!

Den 5,1 Mio. Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (ÖD) kommt hier eine große Bedeutung zu.

Doch was, wenn sich nicht mehr ausreichend Kolleginnen und Kollegen für den Job im ÖD und von der Öffentlichkeit beauftragten Diensten (wie Nahverkehr, Pflege, Sozialfürsorge oder Abfallbetrieben) finden?

Wie ist es um die Attraktivität dieser Jobs bestellt?

DGB & Gewerkschaften machen Defizite sichtbar

Aktuelle Probleme im ÖD sind u.a. die ständig veränderten Arbeitsprozesse, schlechte Personalführung, tätliche Angriffe am Arbeitsplatz, mehr Personalabgänge als Neuzugänge, Überstunden und Mehrarbeit sowie die allgemein hohe Arbeitsbelastung. Gleichzeitig frisst die hohe Inflation die Löhne der Beschäftigten.

Noch viel Potential für Verbesserungen im ÖD

Wer gute öffentliche Daseinsvorsorge will, muss gute Bezahlung UND attraktive Arbeitsbedingungen schaffen!

Dafür müssen Mitarbeiter*innen auch aktiv einbezogen werden. Mehr Mitbestimmung sichert die eigenen Interessen, trägt zur

Leistungsbereitschaft bei und ist auch Ausdruck der demokratischen Grundordnung.

Gleichzeitig gilt es mittels einer vorausschauenden Personalplanung und kontinuierlicher Personalentwicklung für ausreichend Nachwuchs zu sorgen.

Ziel guter Führung müssen zukünftig mehr Entlastung sowie gesunde und motivierte Beschäftigte sein.

Doch ohne Respekt und mehr finanzielle Anerkennung wird es nicht gehen! Klatschen allein reicht nicht.

Mehr unter: dgb.de/beamte

Matthias Richter-Steinke/DGB



Öffentliche Aufträge: Tarifbindung ist ein Muss!

BESSER MIT TARIF *jetzt.*

Wir wählen ein faires
Niedersachsen



Gute Arbeit gibt es nur mit Tarifverträgen

Tarifbindung wird gestärkt, wenn sie zum Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird. Beschäftigte, Betriebe und Staat würden profitieren. Ein entsprechendes Tariftreue- und Vergabegesetz sollte die Landesregierung zügig anpacken.

Wer über Gute Arbeit sprechen und diese fördern will, kommt an Tarifverträgen nicht vorbei. So ist es gut, dass Niedersachsen eine Reform der öffentlichen Auftragsvergabe plant. In Zukunft will das Land bei Ausschreibungen Betriebe bevorzugen, die sich an repräsentative Tarifverträge halten. Für eine entsprechende Änderung des Vergabegesetzes hatte sich der DGB bereits im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl ausgesprochen.

Bisher nur Mindestlöhne maßgebend

Jedes Jahr vergeben Bund, Länder und Kommunen öffentliche Aufträge in einem Gesamtvolumen von etwa 450 Mrd. Euro.

Mit diesen Mitteln werden Schulen saniert, Krankenhäuser gebaut, Behörden gereinigt oder andere Bau-, Dienst- und Lieferleistungen erbracht.

Bisher waren die ausführenden Betriebe nur dazu verpflichtet, ihren Beschäftigten den gesetzlichen Mindestlohn oder allgemeinverbindlich erklärte Branchenmindestlöhne zu zahlen.

Tarifverträge machen sich bezahlt

Die staatliche Vorgabe der Tariftreue wäre dagegen eine echte Win-Win-Win-Situation.

Tarifverträge sind das Gütesiegel für gute Arbeitsbedingungen! Mit ihnen verdienen Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich über 600 Euro brutto pro Monat mehr.

Neben einer allgemein höheren Bezahlung gibt es bei tariflichen Arbeitsverhältnissen auch häufiger Sonderzahlungen und eine betriebliche Altersversorgung. Weitere Pluspunkte sind kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaubstage sowie längere Kündigungsfristen.

Betriebe profitieren ebenfalls

Auf der anderen Seite bieten sich auch den Arbeitgebern Vorteile. Neben einem besseren Betriebsklima und einer höheren Attraktivität für Fachkräfte, sichern Tarifverträge allen Betrieben vergleichbare Bedingungen zu, so dass der unternehmerische Wettbewerb in geordneten Bahnen über Produktivität und Innovationen, nicht über Lohndumping, ausgetragen wird. Eine Tariftreuregelung hätte für faire Arbeitgeber, die sich ohnehin an tarifliche Vereinbarungen halten, keine Negativfolgen. Im Gegenteil: Nicht-tarifgebundene Betriebe müssen sich anpassen oder gehen leer aus bei öffentlichen Aufträgen.

Wenn Steuergeld fließt, darf es keinen Platz für Billiglöhne geben!

Auch der Staat profitiert durch mehr Steuereinnahmen, Sozialbeiträge und vermindert Steuerzufälle durch Tariffucht.

Mit einem neuen Vergabegesetz wäre Niedersachsen ein gutes Stück weiter, um zum Land der Guten Arbeit zu werden.

DGB/ Matthias Richter-Steinke



UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

DGB

1. MAI
2023



Sozial gerecht und gut für die Umwelt: Öffentlichen Nahverkehr in der Krise stärken

Die Energiepreiskrise erhöht den Druck, endlich eine Verkehrswende umzusetzen, die sozial und ökologisch gerecht ist.

Wichtig dafür ist ein gut ausgebauter und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr, der auf nachhaltige Energie setzt. Das entlastet nicht nur den Geldbeutel von Bürger*innen in der Inflation, sondern ist auch gut fürs Klima. Umweltfreundliche Verkehrsmittel machen uns zudem langfristig unabhängiger von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl.

Der DGB fordert bezahlbare Mobilität, weitere Investitionen in die Infrastruktur von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und eine umfassende Personalstrategie, die die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr entlastet.

Mobilität sozial denken

Das ÖPNV-Angebot muss sozial gerecht sein: also flächendeckend und bezahlbar. Das 9-Euro-Ticket versprach einen Weg in die richtige Richtung. Es entlastete Bürgerinnen und Bürger kurzfristig von steigenden Kosten. Ab Mai soll nun das 49-Euro-Ticket folgen.

MOBILITÄTSGELD JETZT!



Doch nicht alle Menschen können die Kosten von 49 Euro pro Monat stemmen. Wir fordern zusätzlich ein bundesweit gültiges Sozialticket für maximal 29 Euro. Und wir schlagen vor, dass die geltende Pendlerpauschale in ein einheitliches Mobilitätsgeld umzuwandeln: Damit wird allen Steuerzahler*innen unabhängig von Einkommenshöhe und genutztem Verkehrsmittel je gefahrenem Kilometer der gleiche Betrag von der Steuerschuld abgezogen.

Klar ist auch: Die Politik muss aus Fehlern beim 9-Euro-Ticket lernen und sicherstellen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr durch eine hohe

Überlastung nicht erneut zu den Leidtragenden des Angebots werden.

Es muss langfristig mehr Geld in den Ausbau des Streckennetzes, in moderne Fahrzeuge und in die Umsetzung einer klugen Personalstrategie investiert werden. Um den öffentlichen Nahverkehr für doppelt so viele Fahrgäste bis 2030 auszuliegen, braucht es jährlich rund acht Milliarden Euro mehr Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV-Systems, die Sanierung von bestehenden Betriebsanlagen sowie in Modernisierungsmaßnahmen zur Digitalisierung und Barrierefreiheit. Bund und Länder müssen dauerhaft erheblich mehr Geld zur Verfügung stellen.

Fakt ist: Bezahlbarer Nahverkehr hilft niemandem, wenn das Personal überlastet ist und die Züge fehlen.

Matthias Richter-Steinke/DGB

**ECHT
GERECHT**
Solidarisch durch die Krise

MAIzeitung 2023

Erinnerung & Verpflichtung: 2. Mai 1933 – 2023

90. Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften & Verfolgung der Opposition



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Am 2. Mai 2023 jährt sich zum 90. Mal die Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933.

Den 1. Mai 1933 hatten die Nationalsozialisten noch als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert. Am 2. Mai besetzten und verwüsteten SA-Kommandos im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nationalsozialisten verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet. Viele, die überlebten, engagierten sich unter großen Risiken im Widerstand gegen die Nazis.

Wenn wir wie in Lüneburg am alten "Volkshaus" an vielen Orten an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 90 Jahren und an die vielen Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gedenken, dann geht es um mehr als

das bloße Erinnern an diesen Tag. Dieser Gedenktag ist uns Mahnung und Verpflichtung zugleich! Wir haben die Lektion aus der Geschichte gelernt, die uns Wilhelm Leuschner unmittelbar vor seiner Hinrichtung ins Stammbuch geschrieben hat:

Schafft die Einheit!

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen rechtsextremes Denken und Handeln, gegen Rassismus und Intoleranz. Wir tragen Verantwortung für die Gestaltung einer demokratischen und freien, sozialen und gerechten Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass rechtsextreme und rassistische Einstellungen in der Gesellschaft bekämpft werden. Dafür setzen sich die Gewerkschaften in ihrer täglichen Arbeit ein, **damit es nie wieder heißt: „Zu spät“...**

Matthias Richter-Steinke/DGB

Veranstaltungseinladung:

Der DGB veranstaltet am 2. Mai zusammen mit Lüneburger VN/BdA, Geschichtswerkstatt und dem Scala-Kino einen Stadtrundgang zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Lüneburg. Start um 17 Uhr ab Gewerkschaftshaus (Heiligengeiststr. 28).

Anmeldung: lueneburg@dgb.de
- Teilnahme kostenfrei.

Mehr zum Thema auch unter: vn-bda-lueneburg.de sowie in folgender Broschüre:

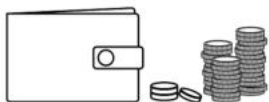


„Dort war immer was los, und wir wussten auch als erste, wenn irgendwo der Lohn gekürzt werden sollte oder wenn Entlassungen bevor standen. Natürlich waren wir alle Nazi-Gegner.“

Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933 – einige Anmerkungen

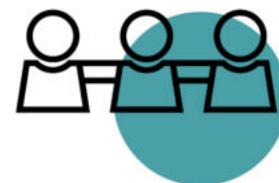
Bedeutung der Verantwortlichen.
„Dass die Friedrichsbrüder der DGB, mehr noch wegen der Wirkung ihres Denkens als ihrer Tätigkeit im DGB, der Seele des Widerstands, der Überwindung der Verantwortlichen und der Überwindung des „Jochs der Arbeiter und Kapitalisten“ gegenüber. Und der Widerstand ist die Überwindung der Verantwortlichen, deren Verantwortlichkeit nicht bestritten wird, es ist für die stetigen Überwinden Anmerkungen eingetragten.“





Die soziale Frage

Celler Wegweiser für Hilfsangebote



Wo anfangen? Vielleicht vor 50 Jahren. 1973 war das Jahr der ersten politisch bedingten Ölkrise. Die Sonntagsfahrverbote machten uns deutlich: Der Stoff, der unsere Autos antreibt und viele Häuser heizt, wird nicht mehr unbegrenzt zu Spottpreisen zu haben sein. Das Wirtschaftswunder endete für die meisten Menschen, das Wirtschaftswachstum nicht.

Die Grenzen des Wachstums Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit

(Orig.: The Limits to Growth)
Der Titel ist unmissverständlich: Es gibt kein unbegrenzt Wachstum. Das Buch von 1973 ist eine Aufforderung zu grundlegenden Änderungen unseres Verhaltens und unseres Wirtschaftens. Sollte uns dieser Wechsel nicht gelingen, dann prognostizieren die Verfasser unter den Stichworten „Gleichheit“ & „Gleichgewicht“, wie sich soziale Ungleichheit entwickeln wird: *„Wir haben bereits dargestellt, wie das gegenwärtige Wachstum von Bevölkerung und Kapital tatsächlich die Kluft zwischen arm und reich weltweit vergrößert.“*

Das Ergebnis heute: Die Weltbevölkerung hat sich seit 1973 verdoppelt und die Kluft zwischen arm und reich hat sich global und national vergrößert. Eine aktuelle Häufung von Krisen ist die Folge.



Foto: F. Korth

Die Zukunft gehört unseren Kindern

Diese Krisen kennt inzwischen jedes Schulkind. Und schlimmer noch. Sie sind diejenigen, die ganz direkt betroffen die Folgen spüren. Klima, Energie, Nahrung, Wohnung, Pflege, Rente, Bildung, innere und äußere Sicherheit sowie Naturkatastrophen und weltweite Flüchtlingsströme in bisher nicht bekanntem Ausmaß. Nur rein zufällig wurden wir in einem wohlhabenden Land geboren und glücklicherweise gibt es eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, die Hilfe in verschiedensten Notlagen anbieten. Das Problem - unsere Bürokratie.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass Hilfe schnell und direkt organisiert werden kann - auch in Celle. Doch insbesondere für ärmere Menschen ist es wichtig transparent und niedrigschwellig Hilfe zu bekommen.

Hilfe und Beratung in Celle

Vielen Menschen in Not kann geholfen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Betroffenen die Hilfsangebote und ihre Rechte kennen. Und den Weg finden, wo und wie sie diese Hilfe erreichen und ihre Rechte wahrnehmen können. Das Beratungsangebot ist sehr groß, sehr vielfältig und sehr unübersichtlich.

Deshalb wollen wir für die Menschen in Celle eine Art Wegweiser zur Hilfe erstellen. Derzeit gibt es kein Netzwerk oder eine Zusammenstellung der Hilfsangebote der Stadt oder vom Landkreis Celle. Wir wollen dies mit Hilfe der Sozialverbände, der Politik wie auch den Organisationen vor Ort organisieren. Eine Liste der Hilfsangebote würde schon sehr viel helfen: Was, von wem, wo und wann (unter welcher Voraussetzung).

Vertreter*innen der Sozialverbände, einer Hilfsorganisation oder einer Sozialberatung können sich bei uns melden - rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns!

Ernst-Günther Mörse

Kontakt DGB:

Telefon: 04131-2233960

Email: lueneburg@dgb.de



UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

DGB

1. MAI
2023

„Uelzen bleibt bunt“ Aktives Engagement in Uelzen

Wir haben hier eine ländliche Kommune, in der die Menschen sich morgens beim Brötchen holen grüßen und viele sich seit der Kindheit kennen. Die Region hat sich entwickelt. Uelzen „will Klimaneutral“ werden, so der Bürgermeister der Stadt. Bürgermeister Jürgen Markwardt schildert beim Neujahrsempfang, dass Veränderungen auch von der Gesellschaft getragen werden müssen.

Das muss allen klar sein!

Klar ist aber, dass Rechtspopulismus und völkisches Denken nicht zu dem gehört, was die Stadtgesellschaft vor Ort auszeichnet. Auch wenn wir aktuell eine Entwicklung in Uelzen erleben die uns unruhig stimmt. Mittlerweile gibt es zahlreiche Familien, die dem Spektrum der Völkischen Siedler*innen zugeordnet werden können. Rechtspopulisten und Querdenkende versuchen sich in Uelzen breit zu machen. Wir müssen uns organisieren und versuchen diese Entwicklungen aufzuhalten.

Aktives Engagement gegen Rechts

Seit 2015 gibt es in Uelzen eine Gruppe von Leuten und Initiativen, die gegen Rassismus und rechte Hetze aktiv sind und ein Festival auf die Beine gestellt haben. Daraufhin hat sich der Verein „Uelzen bleibt Bunt e.V.“ vor mittlerweile 5 Jahren gegründet, um das Festival „Aufstehen gegen Rassismus“ zu veranstalten. Der DGB Kreisverband Uelzen ist seit Beginn mit von der Partie und unterstützt das Festival finanziell und auch tatkräftig.

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

- Festival -

Uelzen bleibt bunt e.V.

https://www.instagram.com/say_it_loud_festival/
<https://www.facebook.com/AgRUelzen/>



Foto: AgR Festival

Herangehensweise ist gut geeignet,

um an junge Menschen, besonders Schüler*innen heranzutreten. Das Angebot möglichst niedrigschwellig zu gestalten und für Menschen vor Ort sichtbar werden. Musik und Inhalt miteinander verbinden und Beiträge von betroffenen und engagierten Menschen vor Ort. So hat der Verein in den vergangenen Jahren bereits 5 Festivals umgesetzt. Junge Schüler*innen wie auch Familien mit Kindern finden ein altersgerechtes Angebot. ...

MAIzeitung 2023

... „Uelzen bleibt bunt“

... Es gibt Mitmach-Aktionen, die sich inhaltlich mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Auch in Uelzen, einer strukturschwachen Region gibt es viele Menschen, für die Toleranz, Weltoffenheit, Vielfalt und Solidarität wichtige Werte sind.

Es ist wichtig vor Ort ein Zeichen zu setzen und Widerstand zu leisten

Gerade bei uns in der Lüneburger Heide sind aktive rechtsextreme Strukturen umtriebiger und die „AfD“ sympathisiert offen mit diesen. Gerade in den letzten Jahren haben die schwierigen Zeiten in der Pandemie gezeigt, wie Verschwörungsideolog*innen, Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und völkische Siedler*innen dann doch zusammenfinden, auch wenn es hier um ganz verschiedene Interessen geht. Die AfD hat sich oftmals als Sammelbecken gezeigt.

Gemeinsam aktiv werden.

Um auch in Zukunft für Vielfalt und Menschlichkeit zu werben und sich einzusetzen, braucht es engagierte Menschen, die zusammenfinden und sich einbringen. Das Festival, der Verein Uelzen bleibt bunt e.V., deine Mitglieds-gewerkschaft oder weitere verschiedene Initiativen in Uelzen sind eine Möglichkeit den Weg zu gehen.

Kontakt: lueneburg@dgb.de
Dirk Garvels/DGB



Foto: AgR Festival

Gemeinsam gegen Rechts: Alt und Jung packen mit an



Gruppe „beherzt“

Wir sind die Gruppe 'beherzt'.
Wir setzen uns für bunte Vielfalt und Toleranz in unseren Dörfern ein. Wir sind unmittelbar oder mittelbar betroffen durch die Nachbarschaft mit Völkischen

Siedlern, die extrem rechtes Gedankengut von Generation zu Generation weitergeben, Gleichgesinnte suchen und nachziehen. beherzt@posteo.de

Aufruf!

Um das Engagement in Uelzen weiterhin zu stärken und engagierte zu finden suchen wir Menschen, die sich beim Festival einbringen können und wollen. Sei es bei der Planung oder direkt am Tag selbst beim Auf- und Abbau. Meldet euch. Auf Instagram oder facebook oder direkt unter : festival@uelzen-gegen-rechts.de

Uelzener Bündnis gegen *rechts*

kontakt@uelzen-ge-no-spam-gegen-rechts.de

UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

DGB

1. MAI
2023

Sozialpolitischer Ratschlag Wendland (SRW) Hilfsangebote für in Not geratene Menschen

Der Sozialpolitische Ratschlag Wendland wurde im Herbst 2022 vom DGB Kreisverband Lüchow-Dannenberg ins Leben gerufen, um hilfesuchenden Menschen in der schwierigen Zeit über den Winter zu helfen.

Die bereits bestehenden Informationen zu Hilfsangeboten sollten in einer vereinfachten Form direkter und effektiver an betroffene Menschen gebracht werden. Ebenfalls sollte für soziale Organisationen wie z.B. die Tafel, die Aufmerksamkeit erhöht werden, damit dort mehr Sach- und Geldspenden eingehen und sich evtl. neue Ehrenamtliche finden. Welches durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit des SRW erfolgreich geschehen ist.

Das große Bündnis besteht aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Bürgerinitiativen, Kirche, Tafel, kommunale Vertreter und engagierte Beteiligte, die in sozialen Bereichen arbeiten. Solch ein Bündnis, in dieser Konstellation hat es in der Vergangenheit wohl noch nicht im Landkreis gegeben. Bei der guten Zusammenarbeit wird auf eine politische Unabhängigkeit geachtet.



Bild: Friedhelm Korth

Es wird auch keine Vereinsgründung angestrebt. Die anfangs anberaumten monatlichen Treffen wurden in kurzen Zeit 14-tägig abgehalten, denn um rechtzeitig vor dem Wintereinbruch Angebote bereitzustellen, war ein schnelleres Handeln notwendig. Aktuell finden die Treffen wieder einmal im Monat statt.

So ist vor Weihnachten noch ein Infoblatt mit einer Übersicht an Hilfsangeboten herausgegeben worden. Das Infoblatt wurde bei der Tafel in die Körbe gelegt und an anderen öffentlichen Stellen im Landkreis ausgelegt. Demnächst wird es eine 2. Auflage mit Erweiterungen / Änderungen geben. Vielleicht liegt schon ein Exemplar der Maizeitung bei.

Beschäftigt hat sich der SRW auch mit dem Thema Härtefallfonds vom Land Niedersachsen und einer möglichen Umsetzung im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Dazu wurde die Landrätin Frau Dagmar Schulz zu einem Treffen eingeladen. Derzeit beschäftigt sich der Landkreis mit diesem Thema, eine Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen wurde bislang nicht abgeschlossen bzw. eine Beantragung bei der Landesregierung ist daher noch nicht erfolgt. Der SRW wird weiterhin die Kreispolitik in die Pflicht nehmen, endlich zu handeln.

Ein neues Projekt des Bündnisses ist, die Nachbarschaftshilfe und das Zusammenleben untereinander, hauptsächlich in den Dörfern zu verbessern. Da, wie es häufig immer mehr geschieht, Menschen zunehmend vereinsamen und auf Hilfen von anderen Menschen angewiesen sind. Es wird ein Infoblatt entworfen, in dem Anregungen zu finden sind, die bereits in anderen Dörfern oder Regionen angewandt werden. ...

... SR Wendland

Im Großen und Ganzen ist dies ein sogenannter Baukasten, in dem Ideen wie z.B: Sonntagscafé, Tauschböse, Gesundheits- und Pflegemodelle (Gemeindegeschwester), Beförderung zum Arzt, Mitbringe Dienste, Dorf- oder Gemeindezeitung, Genossenschaften (Energie, Einkaufsmöglichkeiten, Gartenartikel) usw. zu finden sein werden. Das Infoblatt soll dann an Gemeinde- und Stadtvertreter, der Kirche und Ortsvertrauensleute verteilt werden.

Es ist bemerkenswert, wie das große Bündnis sehr schnell, unbürokratisch und effektiv etwas für hilfsbedürftige Menschen auf dem Weg gebracht hat und hoffentlich noch bringen wird. Vielleicht schafft dieser aufgezeigte Weg auch eine Anregung für weitere Interessierte und engagierte Organisationen oder Einzelpersonen im Landkreis, sich am Bündnis zu beteiligen. Die Aktivitäten des SRW sollten Schule machen, auch über den Landkreis hinaus, ein solches Bündnis zu bilden um hilfesuchenden Menschen zu helfen und zu unterstützen. Für eine bessere Gemeinschaft und Zusammenleben unter den Menschen.

Friedhelm Korth

SRW-Interessierte melden sich unter der Mobilnummer: 0151-53165229.

Menschen auf dem Land dürfen nicht abgehängt werden!

Carearbeit bedeutet „Sorge“ oder „Fürsorge“ - von Allem haben wir zu wenig

Jugendliche finden kaum noch Ausbildungsplätze. Berufstätige pendeln um angemessenen Lohn zu erhalten und die ältere Bevölkerung hat keine ortsnahen praktizierende Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten mehr. Wie gut dass wir noch viele Mitbürger als Wegbereiter haben, die entscheidend etwas voranbringen - ja Pionierarbeit leisten -. Landwirte bieten direkt vom Hof Grundnahrungsmittel an. Bioläden entstehen und sorgen wieder für die täglichen Bedarfe und sind auch ein wichtiges Kommunikationszentrum, oder ein genossenschaftlich geführter Laden soll, ja er muss den ehemaligen Supermarkt ersetzen, welche sich aus der Fläche in unserem Landkreis immer mehr zurückziehen. Die Nachfolgerfindung, oder der Gewinn zu gering ausfällt, eine der oft genannten Gründe und Ursachen.

So fahre ich jetzt 40 km und auch mehr mit dem Auto (nicht gerade klimafreundlich), um meinen Bedarf an Haushaltsartikel und Lebensmittel und auch dringend nötig gewordene Arztbesuche abzudecken. Wie gut dass ich noch ein Auto habe und dieses auch noch fahren kann.

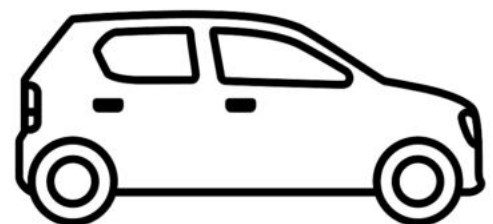


Foto: Inge Mende

Öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen um adäquate Geschäftszeiten und vorgegebene Termine einzuhalten, sind im ländlichen Raum immer noch ein Wunschdenken. Ohne eine gute ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe und angebotenen ehrenamtlichen Fahrdiensten, sähe die Versorgung in der Fläche hier im Landkreis noch dürftiger aus.

Ich bin ein Landei, ich liebe das Landleben, welches aber zunehmend und mit viel zu großen Hürden und Risiken und mit einem sozialen Abstieg behaftet ist. Dies gilt gleichermaßen für Jung und Alt und muss ausgebremst werden.

*Inge Mende (Schmarsau)
seit über 50 Jahre in der
Gewerkschaft*



LSE – der lange Weg zum Tarif

Lüchow-Schmarsauer-Eisenbahn GmbH (LSE)



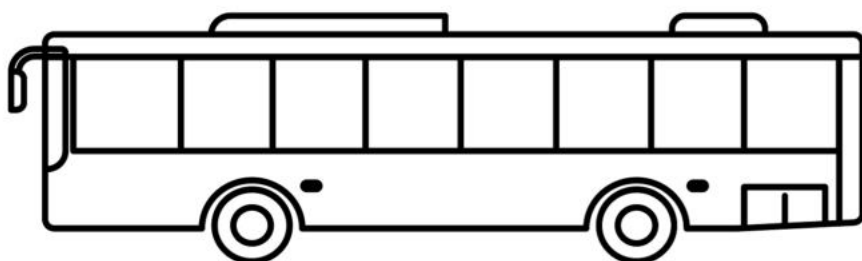
Foto: Friedhelm Korth

Die Beschäftigten bei der Lüchow-Schmarsauer-Eisenbahn hatten in den letzten Jahren viel weniger an Entgelten und guten Arbeitsbedingungen als die Kollegen mit dem Tarifvertrag Nahverkehr Niedersachsen (TV-N). Die Entgelte hoben sich gerade mal von dem gesetzlichen Mindestlohn ab und die Arbeitszeiten lagen im Schnitt bei 50 Stunden im Monat. Die Entgelte wurden über eine Betriebsvereinbarung mit verspäteter Angleichung aus einem schlechteren Tarifvertrag geregelt. Nur mit den hohen Arbeitszeiten kam bislang ein auskömmliches Monatsentgelt zustande. Und dies alles bei einer hohen Verantwortung gegenüber den zu befördernden Menschen, hier insbesondere sind die Schulkinder zu nennen.

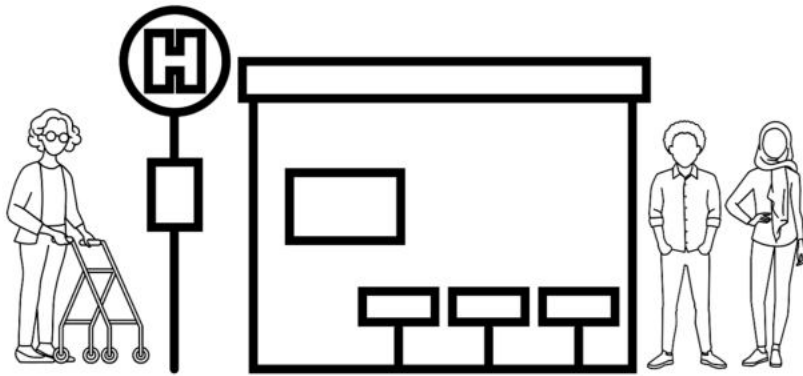
Die LSE, die für den Landkreis Lüchow-Dannenberg den ÖPNV übernommen hat, ist eine 100% Tochter des Landkreises. Die kommunale Verbindung mit der LSE wird über die Vergabe im öffentlichen Dienstauftrag (ÖDA) geregelt. Durch den damaligen Abschluss des ÖDA im Jahr 2018 kam das Niedersächsische Tarifvergabe Gesetz NTVergG nicht vollumfänglich zur Anwendung, sodass eine Tarifbindung für die Vergabe des ÖPNV nicht zwingend erforderlich gewesen wäre, nur die Weitergabe von tariflichen Entgelten. Meines Erachtens, ist dieser Ausschluss im öffentlichen Dienstauftrag ein Unding, da öffentliche Gelder in das Unternehmen der LSE bzw. Subunternehmen geflossen sind und noch fließen.

Die politischen Fraktionen SOLI/ DIE LINKE und SPD im Kreistag hatten zusammen einen Antrag zur Tarifbindung bei der LSE mit gleichzeitiger Überprüfung auf Tarifbindungen aller kommunalen Betriebe und Gesellschaften im September 2022 eingereicht und am Sitzungstag im Dezember noch abgeändert. Der Antrag wurde mehrheitlich im Kreistag beschlossen, aber anschließend aus formalen Gründen für nichtig erklärt.

Anschließend wurde der Antrag in geänderter Form erneut gestellt, da zwischenzeitlich klar war, dass ein Antrag auf eine generelle Tarifbindung keine Mehrheit mehr bekommen würde. Daher wurde dieser so abgeändert, dass der Landkreis auf eine Anerkennung des Tarifvertrages TV-N bei der LSE hinwirken sollte. Der Antrag wurde in der Kreistagsitzung mit gleichzeitiger Anpassung bestehender Betriebsvereinbarungen zur Anerkennung des TV-N Tarifvertrages im Januar 2023 beschlossen. ...



... LSE – der lange Weg zum Tarif



Der Kreistagsbeschluss wurde dann über die Gesellschafterversammlung an die Geschäftsführung der LSE herangetragen. Die Tarifkommission der Gewerkschaft verdi und die Geschäftsführung der LSE hatten anschließend die Aufgabe über die Anerkennung des TV-N und der Betriebsrat mit der Geschäftsführung über die Anpassung der Betriebsvereinbarungen zu verhandeln. Beim Redaktionsschluss stand noch nicht fest wie der Ausgang der Verhandlungen war. Dennoch haben die kommunalen Vertreter im Kreistag, der DGB-Kreisverband, die Tarifkommission verdi, die Gewerkschaftsmitglieder und die Beschäftigten aus dem Betrieb der LSE es endlich auf den Weg gebracht, dass der Tarifvertrag über eine Anerkennung bald seine Anwendung findet.

Die Beschäftigten sind es Wert, dass sie vernünftige Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für ihre Arbeit erhalten

Um dies zu erzielen, brauchen wir Tarifverträge und ihre Anwendung im Betrieb.

Für die Betriebe wird es in der Zukunft immer wichtiger, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, da der Fachkräftemangel noch weiter zunehmen wird. In der Busbranche fehlen gerechnet bis zum Jahr 2030 ca. 87000 qualifizierte Busfahrer*Innen (Quelle: SPIEGEL Wirtschaft). Daher müssen die Betriebe jetzt handeln, um dem entgegenzuwirken. Ohne Busfahrer*Innen gibt es kein ÖPNV, denn die künstliche Intelligenz wird so schnell noch keinen Busfahrer*in bis dahin ersetzen können.

Friedhelm Korth



Wähle im Mai deine Gewerkschaften.
dgb.de/sozialwahl



Foto: Robert Kirschner

Beschäftigte des EJK in Aktion

EJK in DAN: Krankenhaus steht und fällt mit Beschäftigten

Der Druck ist hoch - doch die Entlastung lässt auf sich warten: Noch immer verhandeln ver.di und die Geschäftsführung des Elbe-Jetze-Klinikums um einen "Tarifvertrag Entlastung". Unter dem Motto "Keine Nacht allein" sorgen derartige Vereinbarungen andernorts bereits für attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege - doch bei Privatkliniken ist das noch ein Fremdwort. Damit sich das ändert und Entlastung und finanzielle Anerkennung auch bei uns vor Ort steigen, unterstützt auch der DGB und die Initiative "Unser Krankenhaus im Wendland" die Beschäftigten.

Matthias Richter-Steinke/DGB

Mehr Infos zu Aktionen unter:
<https://unser-krankenhaus-im-wendland.de/>

UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

DGB

1. MAI
2023

Viele Daumen hoch für "ECHT GERECHT!"

DGB fordert zur Solidarität in der Krise



Foto: R. Gerstel

Dass die Regierungsmaßnahmen gegen Teuerung und Inflation lange nicht ausreichen und manche Energiekonzerne und andere Unternehmen sogar Extra-Profite machen, führt auch auf dem Lande zu Protesten. Im Heidekreis positionierten sich 20 GewerkschafterInnen und Friedensfreunde in langer Reihe an viel befahrenen Straßen.

"Sowohl an der Walsroder Straße in Soltau wie auch beim Schichtwechsel-Verkehr der Chemiebetriebe in Benefeld ernteten wir aus Autos, von FußgängerInnen und Radfahrenden sehr viel Zustimmung durch freundliches Winken, Gespräche, Zurufe und richtig oft Daumen hoch zeigen", resümiert Evelyn Gerlhoff für das Heidekreis-Bündnis. Und DGB-

Kreisvorsitzender H-D Charly Braun fügt hinzu: **"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!"** H-D.B. Mehr unter: dgb.de/echt-gerecht-solidarisch-durch-die-krise



MAIzeitung 2023

SOS Kita

Gemeinsam stark für gute Kitas

Foto: Charly Braun



Erzieherinnen der Kita Am Loh in Schwarmstedt fordern besseres Kita-Gesetz

"Seit 25 Jahren kämpfen Elternvertretungen, freie Träger, Bündnis für Kinder und Familien, Kinderschutzbund, ver.di und GEW für bessere Qualitätsstandards. Die Gruppen sind viel zu groß und der Personalschlüssel viel zu schlecht. So ist kindgerechte Pädagogik nur schwer zu machen. Kein Wunder, dass Fachkräfte resignieren und das Berufsfeld verlassen", sagt Erzieherin Lisa M. aus dem Heidekreis. 3 voll ausgebildete ErzieherInnen und mehr Zeit für die zunehmenden speziellen Förder-, Bildungs- und Orga-

nisationsaufgaben sind notwendig. Gruppen per Verordnung sogar noch vergrößern, dagegen hat sich die evangelische Kita in Rethem/Aller sofort gewehrt - und andere auch. **Wieviel Protest braucht die Politik denn noch?!**

H-D charly Braun



Foto: Willi Schwethelm

Protestaktion von DRK-Beschäftigten vor der DRK-Kreisversammlung

Protest gegen Tariffucht des DRK

Es gärt schon länger beim Deutschen Roten Kreuz KV Soltau, das Rettungsdienste, Migrationsberatung, viele Kitas und mehr betreibt. Der Geschäftsführer und viele in den Kreisgremien wollen raus aus der DRK-Arbeitgebervereinigung BTG (Bundestarifgemeinschaft), wo mit ver.di Arbeits- und Entlohnungsbedingungen tariflich geregelt sind. Um das zu erreichen wollen sie mit dem DRK KV Fallingbostal-Walsrode fusionieren, denn die sind nicht im DRK-Arbeitgeberverband und können Gehälter und Arbeitsbedingungen nach eigenem Gutdünken regeln. Über die Fusion die Mitgliedschaft in der BTG kündigen, wäre der Türöffner für tariflose Zustände und schlechtere Arbeitsbedingungen. Deshalb protestierten viele DRK-Beschäftigte mit solidarischen KollegInnen vor der DRK-Kreisversammlung. DRK-Kreisspitze, Geschäftsführer und Delegierte mussten durch ein Spalier mit Plakaten, Fackeln und ver.di-Fahnen ins Sitzungs-Hotel schreiten. Eindeutiger Tenor der betroffenen Rettungssanitäter und Kita-Erzieherinnen:

"Kein DRK zweiter Klasse!"

H-D charly Braun



Akkurat für Azubis

PowerPoint + jede Menge Infos im Portal „work+life digital“



Foto: Nils Bassen

v.l.n.r.: Renate Gerstel, Gitta Emmann und Uschi Bock am Gewerkschaftsstand der letzten work & life-Messe in der Heidmark-Halle in Bad Fallingbostal. Auch 2023 sind der DGB und seine Gewerkschaften wieder an allen drei Tagen dabei. Die Messe läuft vom 21. bis 23. September. Am Stand wartet eine spannende Los-Aktion rund ums Thema "Deine Rechte in der Ausbildung", natürlich mit voll korrekten Preisen 😊

Wer schon immer wissen wollte, was Chefs nicht dürfen und wo man als Azubi aufpassen sollte, der fordert unsere PowerPoint unter rr.rg@gmx.de an: „Was darf ich eigentlich in der Ausbildung? – Kleiner Kompass, damit du gut durchkommst!“ Sie enthält kurze akkurate Infos, einige Videos und kann auch in Teilen gezeigt werden – ideal nicht nur für den Unterricht. Renate Gerstel hat sie erstellt und schickt sie euch kostenlos. Zusätzlich gibt's jede Menge Infos im Portal der work+life digital:

<https://workandlife-heidekreis.de/company/223/deutscher-gewerkschaftsbund-dgb>

Renate Gerstel

Konversion TrübPlatz



Foto: A. Jankowski

ver.di-Bundeskongress und DGB-Konferenz Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt fordern „soziale, ökologische, nicht-militärische Wirtschaftsstruktur“

für Truppenübungsplatz Bergen. Dass das sehr viele Arbeitsplätze bringt, hat unsere Ini Biosphäre durch handfeste Fakten ermittelt.

H-D Braun

1.Mai im Heidekreis

Gedenken an Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 geplant



Foto: R.Riedel

Die OrganisatorInnen des 1. MAI 2022 in Soltau präsentieren sich. 2023 findet eine Gedenkveranstaltung statt.

Am 1. Mai 2023 gedenken wir wieder um 9 Uhr im Soltauer Hagen dem Überfall und der Enteignung des „Volkshaus“ der Soltauer ArbeiterInnenvereine am 2. Mai 1933 durch die Nazi-SA. Das "Volkshaus" war ein Haus der Solidarität, dass durch die Arbeitskraft und von dem Geld vieler ArbeiterInnen erbaut wurde.

Am heutigen C&A-Haus, im Gang zum Parkplatz hängt hoch an der Wand die Erinnerungstafel ans Volkshaus.

Zur Info:

Walsrodes Ratsmehrheit gegen sozialen Wohnungsbau, aber "exklusive Mietwohnungen" in "Stadthausvillen". Lies hier: WwW - Wie wohnt Walsrode? Facebook



Armut in der Krise Veranstaltung mit Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge



Foto: Wolfgang Schmidt

Thema: "Infektion, Invasion, Inflation: Arme im Ausnahmezustand - Verschärfung der sozialen Ungleichheit durch Pandemie, Aufrüstung und Energie(preis-)krise".

Montag 8. Mai 2023 im Kulturzentrum Mittendrin. Es laden ein: DGB-Heidekreis, Gewerkschaften, Diakonie, ev. Kirche u.a.

Mehr zur Veranstaltung unter: nordostniedersachsen.dgb.de

UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

1. MAI
2023

Sei dabei am Tag der Arbeit!

mit
Live-Musik
Street-food
Kinder-FUN
Infoständen
und mehr



Uelzen

11:00 Uhr Mai-Kundgebung Herzogenplatz
Mairedner: Jörg Radek, GdP



Celle

10:30 Uhr Demo ab Arno-Schmidt-Platz
11:00 Uhr Mai-Kundgebung auf der Stechbahn
Mairedner: Frank Bsirske, ver.di



Lüchow

10:00 Uhr Demo ab Roland-Brandin-Straße 2
11:00 Uhr Mai-Kundgebung Marktplatz
Mairednerin: Andrea Wemheuer, ver.di



Lüneburg

10:00 Uhr Demo ab Theater
10:30 Uhr Mai-Kundgebung Lambertiplatz
Mairednerin: Claudia Tiedge, NGG



Soltau

9:00 Uhr Gedenken an Nazi-Überfall am 2. Mai 1933 auf das
damalige Arbeiter*innen "Volkshaus" im Hagen.
* dann gemeinsam nach Celle zur Kundgebung mit Frank Bsirske



DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND - NORDOSTNIEDERSACHSEN.DGB.DE

V.i.s.d.P. DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen - Heiligengeiststraße 28 - 21335 Lüneburg